

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 18

Artikel: Wieder Polen
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094247>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bohdan Gorski

Wieder Polen

Lange hatte man verbreitet, die Solidarnosc in Polen sei isoliert. Aber als isoliert haben sich jene erwiesen, die das verkündet hatten.

Handlung

Die Arbeitsniederlegungen vom April und Mai 1988 waren in Polen nur ein Vorgewitter für die veränderte Grosswetterlage vom Spätsommer gewesen. An Vorauswarnungen hatte es diesmal nicht gefehlt. Sogar regimetreue Zeitschriften wie die «Polityka» und einige der Parteiführung nahestehenden Leute wiesen in den letzten Monaten auf die anstehenden sozialen Probleme hin und forderten Massnahmen zur Krisenbewältigung. Nur schlug man oben die Warnungen in den Wind. In der gegebenen Situation verfügt die Partei zwar noch immer über die gesamte Wirtschaftsmacht des Landes, hat aber bei der Bevölkerung nicht mehr Autorität, als sie polizeilich durchzusetzen vermag. Demzufolge war mit der Weigerung, die Krise zu behandeln oder auch nur einzusehen, der Ausbruch einer neuen gesellschaftlichen Auseinandersetzung so gut wie vorprogrammiert.

Der erste Streik der neuen Welle begann am 15. August, dem Jahrestag der Solidarnosc-Gründung von 1980, im Bergwerk «Manifest lipcowy» bei Jastrzebie in Oberschlesien und breitete sich gleich auf weitere Zechen aus. Man stellte ein überbetriebliches Streikkomitee auf, das sofort um die Vermittlung der Kirche nachsuchte.

Die Forderungen der Bergleute wurden in einem Katalog von 22 Punkten aufgezählt. Das weitaus wichtigste Begehren betraf die Wiederzulassung der verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc, ein erstrangiges Politikum. Die Liste der sozialen Wünsche umfasste unter anderem die Respektierung des Achtstundenarbeitstages, die Einführung der Fünftageswoche, die Verbesserung der Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene und Massnahmen gegen die Wohnungsnot.

Am 17. August traten in Stettin die Werft- und Hafendarbeiter sowie die Angestellten der öffentlichen Verkehrsbetriebe in Streik.

An die Öffentlichkeit gelangte nunmehr auch der verbotene Studentenverband NZS. Er erklärte sich solidarisch mit der Arbeiterschaft und empfahl seinen Mitgliedern, mit den Streikenden aktiv zusammenzuarbeiten.

Das amtliche Warschau reagierte zunächst reflexartig mit Verdammung. Unter Leitung von ZK-Sekretär Mieczyslaw Rakowski wurden die Arbeiter in einer Propagandakampagne als Urheber der Krise hingestellt, und ihre Forderungen nannte man «Rückkehr zur Anarchie».

Abhandlung

Dem entsprachen die polizeilich-administrativen Massnahmen. Das Gelände der bestreikten Werfte und Bergwerke wurden durch den Sicherheitsdienst abgeriegelt. Jüngere Arbeiter wurden sofort zum Militärdienst aufgeboten, ältere Arbeiter waren Erpressungen ausgesetzt. Man drohte den Familien der Arbeiter mit Konsequenzen und warnte zuhänden der Öff-

fentlichkeit betont vor der Gefahr von Gasexplosionen hin.

Alles wies zu diesem Zeitpunkt darauf hin, dass die Führung darauf vertraute, den Widerstand der Arbeiter mit Härte brechen zu können. Am 19. August erklärte der Ministerrat im Auftrag des Politbüros, die Forderungen der Streikenden seien ebenso «unrealistisch» wie «antisozialistisch», und am 20. August tagte das Komitee zur Landesverteidigung (KOK) und beschloss umfassende Polizeimassnahmen gegen die fraglichen Belegschaften. Noch am gleichen Abend wurde eine Konzentration von Polizei- und Armeekräften in Oberschlesien gemeldet. Offensichtlich wollte man es auf die Kraftprobe ankommen lassen.

Angesichts dieser drohenden Entwicklung verfasste der Kattowitzer Bischof Damian Zimon (der selbst einer traditionsreichen Bergmannsfamilie entstammt) einen Hirtenbrief, der am Sonntag, 21. August in den Kirchen seiner Diözese verlesen wurde. Er beschwor den «Geist der sozialen Gerechtigkeit und die Achtung der Arbeiterrechte». Die Führung dessen, was früher einmal ein Arbeiterstaat genannt worden war, nannte das «konterrevolutionär», und liess sich in ihrem weiteren Vorgehen nicht beirren. Man begann eine regelrechte Belagerung der Streikenden.

Man verhängte eine nächtliche Ausgangssperre, verbot ausländischen Berichterstatern das Betreten der Streikorte und schränkte die Bewegungsfreiheit der einheimischen Bevölkerung ein; ständige Polizeikontrollen sollten die Durchsetzung dieser Massnahmen gewährleisten.

Das hätte nach behördlichen Vorstellungen die Streiks beenden sollen, aber statt dessen weiteten sie sich aus.

Am 22. August traten ihrerseits die Werftarbeiter von Danzig in den Ausstand. Zu diesem Beschluss kam es deswegen, weil die Parteiführung die Verhandlungsangebote des Streikkomitees unter Lech Walesa ignoriert hatte. Des weiteren kam es zu kurzen Solidaritätsstreiks von Belegschaften der Textilindustrie von Lodz, des Stahlwerks «Huta Warszawa» und der Traktorenfabrik «Ursus».

Behandlung

Nunmehr erst begriffen die Behörden, dass die schiere Einschüchterungspolitik nicht verfangen hatte. Man musste entweder die Konsequenz ziehen, die Arbeiter mit Waffengewalt niederzuwerfen, was dem Eingeständnis einer nationalen Katastrophe gleichgekommen wäre, oder aber auf die Forderungen der Arbeiter eintreten und damit (wegen der Solidarnosc-Frage) die ganze bisherige Politik seit der Verhängung des Kriegszustandes im Dezember 1981 desavouieren.

Das war die Wahl zwischen zwei Übeln, und die Partei wollte keines von ihnen. So griff sie einstweilen zum Zwischenmittel der doppelten Strategie und handelte sich das kombinierte Übel der praktisch eingestandenen Ratlosigkeit

In dieser Nummer

4:1 für die Perestrojka	4
ZeitBild-Gespräch mit einem Sowjetbürger	
Naher Osten und Anerkennungsfrage	7
Wenn sich Israel und ein Palästinenserstaat gegenüberstehen	
Kuba und Namibia	8
Die Situation im südlichen Afrika	
Ende Konflikt?	9
Marokko, Algerien und die Polisario	
Getäuscht und enttäuscht	10
Die Miskito-Indianer in Nicaragua	
CH-Rubrik	12
Widerstandsrecht und Rechtsstaat	

ein, eine bloss stillere Katastrophe angesichts ihres Führungsanspruchs in Staat und Gesellschaft. Das schlaue gemeinte Taktieren in der Ausweglosigkeit enthielt sowohl Elemente der Selbstdesavouierung als auch Elemente der brutalen Machtdurchsetzung.

Die doppelte Strategie gegen die Streikenden zeigte sich insbesondere in einem regional unterschiedlichen Vorgehen.

In Stettin und Danzig wurden zwar die Werften und Hafenanlagen von den Sicherheitskräften umstellt, und die Geheimpolizei machte Jagd auf die Aktivisten der Gewerkschaft, um deren organisatorische Infrastruktur ausserhalb der Betriebe zu zerstören, aber der Belegschaft bot man gleichzeitig Verhandlungen an, unter Offenlassung ihrer bis dahin als indiskutabel hingestellten politischen Forderungen. Die Polizei verzichtete darauf, die streikenden Arbeiter direkt anzugreifen.

In Oberschlesien dagegen, das von der Öffentlichkeit besser abgeschirmt ist, stürmten die Sicherheitskräfte die Bergwerke eines um das andere, wobei das Bergwerk «Manifest lipcowy» ausgespart blieb, obwohl man im Sinne eines Machtbeweises gerade hier das Exempel hätte statuieren sollen. Zum Einsatz gelangten die für ihre Brutalität berühmten ZOMO-Spezialtruppen. Symptomatisch war es auch, dass die Staatsanwaltschaft bekanntgab, sie werde auf Strafverfahren gegen die gesetzeswidrig Streikenden verzichten. Die Rache an ausgesuchten Anstiftern sollte wohl den Nacht-und-Nebel-Aktionen des Sicherheitsdienstes vorbehalten bleiben. Aber zur offiziellen Bestrafung von Gesetzesbrechern fühlte man sich nicht stark genug.

In dieser Lage wurde im Wallfahrtsort Tschenschau die Erklärung des polnischen Episkopates veröffentlicht, das sich deutlicher als in

den Jahren zuvor für die Rechte des unterdrückten und ausgebeuteten Volkes einsetzte.

Unter anderem erklärten die Bischöfe: «Die Ursache der gegenwärtigen Krise ist die Verletzung der Menschenrechte und der Würde menschlicher Arbeit.» Der «bewussten Lüge» sei ein Ende zu setzen. «Das Leben des Volkes muss auf der Wahrheit aufgebaut werden. (...) Man muss mit Drohungen und Gewalt aufhören ..., die Wege beschreiten, die zu einem gewerkschaftlichen Pluralismus führen (was eine Umschreibung für die Forderung nach Wiederzulassung der Solidarnosc ist) ...»

Inzwischen weitete sich die Streikbewegung auf das Stahlwerk «Stalowa Wola» aus, und andere Betriebe, wie die Braunkohlebergwerke in Belchatow, kündeten Streikbereitschaft an.

Verhandlung

So sah sich die Führung dem doppelten Druck von Arbeiterschaft und Kirche ausgesetzt, Farbe zu bekennen, und reagierte mit dem ZK-Plenum vom 27. und 28. August. Hier erfolgte eine qualitative Wende.

General Czeslaw Kiszczak, der Innenminister (Polizeiminister) anerkennend bot sich zum Dialog mit der Opposition, zum Gespräch «mit verschiedenen Kreisen des Volkes von gleich zu gleich».

Und dann folgte die mittelbare Anerkennung der Solidarnosc wenigstens als Gesprächspartner. Kiszczak empfing Lech Walesa. Die Erklärung, dieser werde als blosser Persönlichkeit empfangen und nicht in seiner Eigenschaft als Sprecher der Solidarnosc, diente nur noch der dürftigen Gesichtswahrung. Walesa anerkannte den Tatbeweis und rief zur Beendigung des Streiks auf. Die Solidarnosc hat den Fuss in die amtliche Türe gesetzt. ■

Liebe Leser

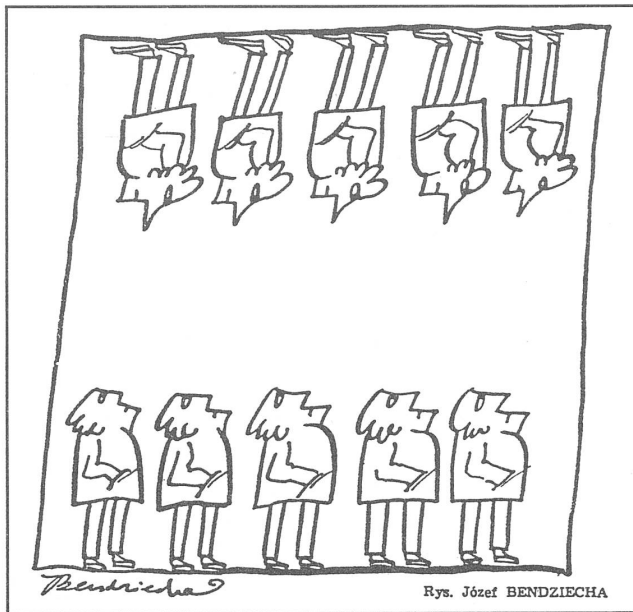
Vielleicht ist Ihnen bei den hiesigen Kommentaren zum polnischen Geschehen aufgefallen, wie häufig im Zusammenhang mit der neuen Rolle der Solidarnosc das Wort «überraschend» verwendet wurde, eventuell verbunden mit gewundenen Erklärungen dafür, warum das «überholte Symbol» die ihm zugedachte Aufgabe des weiteren Absterbens nicht erfüllt hat.

Hier will ich keineswegs mit einer falschen Prognose rechten, sondern mit einer gefälschten Diagnose. Sie ist grosso modo von den gleichen Leuten vorgenommen worden, die schon 1980/81 die gewaltfreie gewerkschaftliche Opposition in Polen «extremistisch» zu nennen liebten, weil diese in der Tat die Tendenz hatte, die sozialistische Ordnung (eine weder von den Werktätigen noch von den sonstigen Bevölkerung gutgeheissene Zwangsordnung) in Frage zu stellen. Dann kam der Militärputsch vom 13. Dezember 1981, den man lebhaft bedauerte – nicht ohne Verständnis für die Zwangssituation des Generals, der das Land wenigstens vor dem Schlimmsten bewahrt habe. Und dass es soweit hatte kommen können, daran waren wiederum jene «Extremisten» schuld, verbunden mit den wundersam massgeblichen westlichen «Antreiber», weil ja die polnische Bevölkerung unmöglich von alleine die Nase voll haben konnte von der ganzen sozialistisch verursachten Misere.

Dieser höheren Betrachtungsweise entsprach dann auch eine ganze Interpretationsschule in den Jahren danach und nahezu bis heute. Die Solidarnosc war zwar, an den schönsten Tatsächlichkeiten gemessen, verboten, verfolgt und unterdrückt, aber man befand, dass sie sich selber überlebt habe, krampfhaft an ihrem Mythos festhalte und nicht zur Kenntnis nehmen wolle, dass sich die Leute von ihrem unbehelflichen Treiben abgewandt hatten, das höchstens noch von Reagan und Konsorten künstlich am Leben gehalten werde.

Das war, ein bisschen verdeutlicht wiedergegeben, die Diagnose, und ermöglicht wurde sie dadurch, dass man es konsequent vermied, das Hörrohr dort anzusetzen, wo den Polen das Herz schlug.

Mit der objektiven Überraschung der Solidarnosc-Wiedergeburt mag es sich verhalten, wie es will, aber soweit es um die Gefühle des polnischen Volks geht, ist sie geheuchelt. Das polnische Volk insgesamt steht in Opposition zur herrschenden Ordnung, und das war die ganze Zeit über evident. Überraschend schnell ist bloss dem Regime die Kraft ausgegangen, die Evidenz zu leugnen, und das hat halt seine Auswirkungen auf die westlichen Flankendeuter vom «verblichenen Solidarnosc-Mythos». Sie werden von der Wirklichkeit desavouiert, in Polen nur unter anderem. Christian Brügger



Umkehrbarer Dialog zwischen oben und unten. («Polityka», Warschau, 16. 7. 1988)